

PRESSE **information**



Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.



Umweltverbände und Bürgerinitiativen fordern: Castortransporte verhindern – Atomausstieg in NRW durchsetzen!

Atomkraftgegner fordern Atomausstiegfahrplan für NRW und kündigen massive Protest an / Erste Demonstration in Ahaus am 18. Dezember

Düsseldorf, 15.12.2011 - Umweltverbände und Bürgerinitiativen wollen gemeinsam die drohenden Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus verhindern. Gleichzeitig forderten sie heute in Düsseldorf von der Landesregierung einen konkreten Ausstiegsfahrplan für alle Atomanlagen in Nordrhein-Westfalen.

Für Sonntag, den 18. Dezember (14 Uhr), kündigten die Atomkraftgegner eine erste Demonstration vor dem Atommülllager in Ahaus an. Am Jahrestag der Fukushima-Atom-Katastrophe (11. März 2012) ist eine Großdemonstration in Gronau, dem Standort der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage, geplant. Dort soll für den sofortigen Atomausstieg demonstriert werden.

„Auch nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurden die massiven Atomprobleme in NRW nicht gelöst“, sagte Paul Kröfges, NRW-Landesvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Noch immer wird hierzulande hochgefährlicher Atommüll produziert und noch immer gefährden zahllose Atomtransporte die Bevölkerung in Dörfern und Großstädten. Die rot-grüne Landesregierung muss verantwortungsvoll handeln, Betriebsgenehmigungen aufheben und die Atommüll-Schiebereien stoppen. Wir brauchen einen Ausstiegsfahrplan für NRW.“ Auch wenn die Bundesregierung einen Großteil der Verantwortung trage, böten sich durchaus auch Handlungsoptionen für die NRW-Landesregierung. Der BUND-Chef forderte NRW-Energieminister Harry K. Voigtsberger deshalb auf, der Urananreicherungsanlage Gronau die Betriebsgenehmigung zu entziehen. Das sei nach dem Atomgesetz nicht nur möglich, sondern zwingend geboten.

Auch in Bezug auf die von der Bundesregierung durchgesetzten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus sind sich die Anti-Atomkraft-Initiativen einig: Der Transport der 152 Westcastoren von Jülich nach Ahaus bringe keinen Sicherheitsgewinn, da er nur von einem Zwischenlager ins nächste gehe. „Die Anti-Atomkraft-Bewegung ist vorbereitet, die Castor-Transporte mit massiven Protesten zu verhindern“, kündigte Siegfried Faust vom ‚Aktionsbündnis Stop Westcastor‘ an. „Mit einem Autobahn-Aktionstag werden wir Ende Februar phantasievoll gegen den sinnlosen und gefährlichen Transport der Westcastoren von Jülich nach Ahaus demonstrieren. Gleichzeitig protestieren wir entschieden gegen die Jülicher Exportpläne für die unberechenbaren Hochtemperatur-Reaktoren.“

Udo Buchholz vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bezeichnete die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau als „grundlegenden Knackpunkt, an dem die Landesregierung Farbe bekennen muss.“ Buchholz kritisierte mit Nachdruck, dass die einzige deutsche Urananreicherungsanlage in Gronau beim Atomausstiegsgesetz bewusst „vergessen“ wurde. „Derzeit entsteht in Gronau ein gigantisches Atommüll-Lager für 60.000 Tonnen Uranoxid und es rollen ständig Urantransporte quer durch NRW“, so der Gronauer.

.../2

Um die Gefahren der Uranverarbeitung und der Urantransporte sowie die Auswirkungen des Uranabbaus einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, organisieren die Aktionsbündnisse in der Region Jülich und im Münsterland, der BBU, der BUND und rund 20 weitere Organisationen für den 4. Februar in Münster eine internationale Urankonferenz. Informationen dazu gibt es bereits im Internet unter www.urankonferenz2012.de

Die wichtigsten Anti-Atom-Termine in der Übersicht:

- 18.12.2011: Demonstration am Ahauser Atommüll-Lager, 14.00 Uhr
- 21.01.2012: Landeskonzferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW, Oberhausen
- 04.02.2012: Internationale Urankonferenz in Münster
- Ende Februar: Autobahn-Aktionstag gegen Castortransporte von Jülich nach Ahaus
- 11.03.2012: Fukushima-Jahrestag, Großdemonstration an der Gronauer Urananreicherungsanlage
- 09.04.2012: Landesweiter Anti-Atom-Ostermarsch in Jülich

Regelmäßige Termine:

Erster Sonntag im Monat, 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergänge an der Urananreicherungsanlage Gronau

Dritter Sonntag im Monat, 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergänge an der Ahauser Atommüll-Deponie

Weiterführende Informationen: www.kein-castor-nach-ahaus.de, www.bbu-online.de, www.westcastor.de, www.bund-nrw.de.

Kontakte für Rückfragen:

Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, T. 0211/302005 – 22

Siegfried Faust, Aktionsbündnis Stop Westcastor: T. 0157- 750 755 98

Udo Buchholz, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen/ BBU, T. 0176-64699023

Umweltverbände und Bürgerinitiativen fordern: Castortransporte verhindern – Atomausstieg in NRW durchsetzen!

Sprechzettel von Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND in NRW

Landespressekonferenz am 15.12.2011, Düsseldorf

Anrede,

niemand darf sich einbilden, dass nach der Reaktorkatstrophe in Japan und dem „Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg“ durch die Bundesregierung die massiven Atomprobleme auch in NRW gelöst wären.

Nach wie vor wird hierzulande hochgefährlicher Atommüll produziert, nach wie vor gefährden zahllose Atomtransporte die Bevölkerung NRWs in Dörfern und in Großstädten.

Die gefährlich strahlenden Altlasten und Rückstände des Kugelhaufen-Reaktor-Desasters (AVR) in Jülich sind eine schwere Hypothek, der Rückbau der Atomruine in Hamm-Uentrop wird noch Jahrzehnte dauern, in Gronau lagern mehrere tausend Tonnen hochgefährliches Uranhexafluorid weitgehend unter freiem Himmel.

Über 25.000 Tonnen des sogenannten abgereicherten Uranhexafluorids aus Gronau, nicht minder gefährlich, wurden unter dem Vorwand der Wiederanreicherung nach Russland ausgelagert, rosten dort unter freiem Himmel vor sich hin und müssten eigentlich wieder zurück zu uns, den Verursachern.

Und auch die Konditionierungsanlage des Firma GNS in Duisburg ist nach wie vor ein wichtiger Teil der atomaren Brennstoffkette.

Und zu allem Überfluss bedrohen jetzt auch noch die unnötigen Transporte der 152 Castoren von Jülich nach Ahaus den gesellschaftlichen Frieden. Die geplanten Atommüll-Schiebereienden durch das dichtbesiedelte NRW, durch das Ruhrgebiet, sind nichts als eine unnütze und provokative Maßnahme, die ein erhebliches Gefahrenpotenzial beinhaltet und den Standort Ahaus unzumutbar belastet. Es gibt keinen zwingenden Grund, diesen Abfall vom vorbelasteten Standort Jülich mit gigantischem Aufwand und hohem Risiko nach Ahaus zu verfrachten.

NRW ist also nach wie vor Atomland.

Auch wenn die Bundesregierung einen Großteil der Verantwortung dafür trägt, bieten sich durchaus auch Handlungsoptionen für die NRW-Landesregierung. Die rot-grüne Landesregierung muss verantwortungsvoll handeln, Betriebsgenehmigungen aufheben und die Atommüll-Schiebereien stoppen.

Wir brauchen einen Ausstiegsfahrplan für NRW.

Wir fordern deshalb NRW-Energieminister Harry K. Voigtsberger auf, der Urananreicherungsanlage Gronau die Betriebsgenehmigung zu entziehen. Das ist nach dem Atomgesetz nicht nur möglich, sondern zwingend geboten. Die UAA Gronau entspricht weder dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, noch ist die erforderliche Zuverlässigkeit des Betreibers gewährleistet.

Auch die Betriebsgenehmigung der GNS in Duisburg gehört unverzüglich auf den Prüfstand.

Darüber hinaus erwarten wir, dass sich die Landesregierung weiter für eine Verlängerung der Lagerungsgenehmigung am Standort Jülich einsetzt und sich aktiv an einer ergebnisoffenen Endlagersuche beteiligt.

Auch der BUND stellt sich diesem Problem und unterstützt - unter der Voraussetzung des Abschaltens aller Atomkraftwerke, d.h. dem endgültigen Ausstieg und unter Ausschluss des ungeeigneten Salzstockes Gorleben - die ergebnisoffene Suche nach einem Endlager. Hierzu gibt es eine mit großer Mehrheit beschlossene Position der BUND-Bundesdelegiertenversammlung vom 20. November 2011.

Bis dahin müssen wir in Deutschland mit einer Reihe von atomaren Zwischenlagern leben, die überwiegend am Ort des Anfallens dieses Mülls anzusiedeln sind. Diese Zwischenlager müssen ertüchtigt und gesichert werden, u.a. gegen Flugzeugabstürze und terroristische Angriffe.

Für diese Ziele werden wir in den nächsten Monaten aktiv eintreten. Der BUND in NRW ist Teil der Anti-Atom Bewegung und unterstützt mit aller Kraft den Protest und Widerstand gegen die Atommüll-Schiebereien in NRW und die Forderungen nach Stilllegung der Atomanlagen.

NRW muss sich auf vehementen Widerstand gegen die Castor-Transporte einrichten. Wir werden am 18. Dezember in Ahaus demonstrieren, Ende Februar beim Autobahn-Aktionstag gegen die Castortransporte von Jülich nach Ahaus und am Jahrestag der Fukushima Katastrophe bei der Großdemonstration in Gronau mit dabei sein.

Der Protest gegen eine falsche Atomkraftpolitik, die in Deutschland noch für mind. 10 Jahre weiteren Atommüll produziert und dem hieraus folgenden, nahezu planlosen Atommüll-Verschiebepark geht also mit aller Kraft weiter.

**Siegfried Faust, Sprecher Aktionsbündnis STOP Westcastor (ASW),
Beitrag LPK, 15.12.2011:**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Trotz zahlreicher plausibler Gründe, den Atommüll in Jülich zu belassen, hat sich die Bundesregierung mit ihrer Mehrheit im Aufsichtsrat des Forschungszentrums dafür entschieden, die Brennelemente aus der Hochtemperaturforschung der ehemaligen Jülicher Kernforschungsanlage nach Ahaus zu überführen.

Jahrzehnte lang hat das heutige Forschungszentrum von der Atomforschung profitiert. Jetzt möchten die Verantwortlichen aber die hoch verstrahlten Überbleibsel loswerden. Wir als Anti Atom Initiative aus der Jülicher Region halten es für unverantwortlich, dass zur Imageaufpolierung des Forschungszentrum der strahlende Müll den Menschen in Ahaus vor die Füße gekippt werden soll.

Für den immer noch strahlenden AVR Reaktorbehälter wird in Jülich ein nach neuesten Erkenntnissen konzipiertes Zwischenlager errichtet. Es stellt sich aber die Frage, warum bei den Planungen dafür die Problematik der 152 West- Castoren keine Berücksichtigung fand.

Wir als ortsansässige Atomkraftgegner verlangen vom Forschungszentrum, dass entweder das derzeitige Lager für eine gesicherte Zwischenlagerung der Brennelemente ertüchtigt - oder - wenn erforderlich, am Standort Jülich eine weiteres hochmodernes Zwischenlager errichtet wird.

Auch wir halten die Transporte über die Straßen von NRW, die auch durch dicht besiedeltes Gebiet führen würden, für unverantwortlich!

Die 300 000 Brennelementkugeln, die sich in den West Castoren befinden, entstammen der Forschung auf dem Gebiet der Hochtemperaturtechnologie. Der dafür in Jülich betriebenen AVR Reaktor hatte bereits während seiner Betriebslaufzeit für Aufsehen gesorgt. So gelangte im Jahr 1978 unter anderem kontaminiertes Wasser in das Erdreich unter dem Reaktor. Außerdem erreichte die Temperatur teilweise zu hohe Werte und es verkeilten sich zerborstene Kugeln im Reaktorinneren.

Trotz der Pannenserie, die dann am THTR in Hamm ihre Fortsetzung fand, versuchen Befürworter wieder, die Hochtemperaturtechnologie als „Saubere Kerntechnologie“ zu verkaufen und sie zum Exportschlager zu avancieren!

Dabei ist bei der deren Anwendung Jülich im Jahr 1978 nur knapp einer Katastrophe entgangen!

Deshalb verlangen wir, dass grundsätzlich der Export jeglicher Technologie, die anderen Ländern den Bau und Betrieb von Atomanlagen ermöglichen könnte, verboten wird!

Von der Landesregierung erwarten wir, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, um diese Transporte doch noch zu verhindern. Dass es Minister Voigsberger versäumte, eine Umweltverträglichkeitsstudie für Jülich in Auftrag zu geben, wirft bei uns allerdings auch einige Fragen auf.

Viele Menschen in NRW sind seit dem Bekanntwerden der Transportabsichten in großer Sorge. Im Gegensatz zur Bundesregierung nehmen wir diese Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Aus unserer Sicht trägt Umweltminister Röttgen die Hauptverantwortung für ein drohendes Rechtsvakuum. Auch deshalb sollte er die Notbremse ziehen und die Transporte stoppen.

Es ist im ureigensten Interesse der Anti Atom Bewegung, mit Aktionen auf die Gefahren und den ganzen Irrsinn der Atomtechnologie aufmerksam zu machen. Jüngstes Beispiel dafür waren 23 000 Menschen, die vor 2 ½ Wochen friedlich in Dannenberg protestierten.

Wenn aber entgegen jeder Vernunft ein unverantwortlicher Atommülltourismus floriert - ja in NRW sogar noch forciert werden soll, dann werden wir mit entsprechenden Aktionen darauf reagieren. Auftakt wird ein Castorstreckenaktionstag im Februar nächsten Jahres sein

Statt den verstrahlten Müll von einem Lager in das Nächste zu verfrachten, verlangen wir den sofortigen Atomausstieg - auch um dem stetigen Anwachsen der Atommüllberge endgültig Einhalt zu gebieten!

Udo Buchholz, Sprecher des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz; Beitrag LPK, 15.12.2011:

Seit Fukushima hat die Anti-Atomkraft-Bewegung in NRW massiv an Zulauf und an Widerstandskraft gewonnen. Die Montagsmahnwachen und Großdemonstrationen zwischen Rhein und Weser haben mit dazu beigetragen, dass es in Berlin zum Atomausstiegsbeschluss kommen konnte. Allerdings ist der Berliner „Atomausstieg“ nicht weitgehend genug. Noch immer sind Atomkraftwerke und Atomanlagen in Betrieb. Und im Kreis Borken, also im tiefsten Münsterland, befinden sich gleich zwei zentrale Atomstandorte: Gronau mit der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage und Ahaus mit einem Castor-Atommüll-Lager.

Die Urananreicherungsanlage in Gronau sehen wir als einen grundlegenden Knackpunkt, an dem die Landesregierung Farbe bekennen muss. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen kritisieren, dass die einzige deutsche Urananreicherungsanlage in Gronau beim Atomausstiegsgesetz bewusst „vergessen“ wurde. Derzeit entsteht in Gronau ein gigantisches Atommüll-Lager für 60.000 Tonnen Uranoxid und es rollen ständig Urantransporte quer durch NRW von und nach Gronau.

In Gronau wurde die Kapazität, mit der Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet werden kann, massiv ausgebaut. Neben der Anlage befindet sich zudem ein Uranmüll-Lager, in dem die Container unter freiem Himmel lagern. Die letzte Genehmigung zum Ausbau der Anlage und zum Bau der Uranmüllhalle wurde 2005 unter der damaligen rot-grünen Landesregierung erteilt. Jetzt muss Ministerpräsidentin Hannelore Kraft endlich dafür Sorge tragen, dass der Betrieb der Uranfabrik und der Bau des Uranlagers gestoppt werden.

Und Hannelore Kraft muss auch endlich gegen die drohenden Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus engagiert vorgehen. Die Bürgerinitiativen im Münsterland und in der Region Jülich sind sich einig, dass kein Atommüll von Jülich nach Ahaus transportiert werden darf. Eine Verlagerung des Atommülls löst keine Entsorgungsprobleme.

Schon am kommenden Sonntag (18. Dezember) werden Anti-Atomkraft-Initiativen aus verschiedenen Städten in Ahaus eine Weihnachts-Demonstration durchführen. Beginn ist um 14.00 Uhr an dem Atommüll-Lager in Ahaus. Und wer den Widerstandswillen der Bevölkerung in und um Ahaus kennt, der weiß, dass kreative Proteste gegen die Transporte stattfinden werden – wenn die rollenden Zeitbomben nicht politisch verhindert werden.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und das Aktionsbündnis Münsterland fordern den sofortigen Atomausstieg. Den Bau neuer Atomkraftwerke, wie er z. B. am Standort Borssele in den Niederlanden geplant wird, lehnen die Bürgerinitiativen grundsätzlich ab. Konkret rufen wir dazu auf, Einsprüche gegen den Bau eines AKW Borssele 2 einzureichen.

Und die Bürgerinitiativen blicken über den Tellerrand. Nicht nur die Atomanlagen hierzulande müssen gestoppt werden, sondern auch der umwelt- und menschenfeindliche Uranabbau in Kanada, Australien, im Niger und anderswo. Rund 25 Initiativen und Verbände laden bereits jetzt zur Teilnahme an einer internationalen Urankonferenz am 4. Februar in Münster ein.

Am 11. März jährt sich die Fukushima-Katastrophe zum ersten Mal. Aus diesem Anlass ruft die Anti-Atomkraft-Bewegung in NRW zur Teilnahme an einer Großdemonstration an der Gronauer Urananreicherungsanlage auf. Initiativen aus dem Rheinland mobilisieren zudem zur Teilnahme an einer Demonstration gegen das belgische Atomkraftwerk Tihange. Beide Demonstrationen finden jeweils am 11. März statt.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung wird 2012 nicht locker lassen. Umweltminister Röttgen muss weiterhin mit starken Protesten rechnen, wenn die Bevölkerung in NRW auch im neuen Jahr von den strahlenden Atomanlagen in Gronau, Ahaus, Jülich, Duisburg und Krefeld und von den zahllosen Atomtransporten bedroht wird. Der Atomausstieg ist möglich - auch in NRW. Die Bürgerinitiativen werden geballten Druck ausüben, bis die letzte Atomanlage vom Netz ist!